

Ethnologen in Uniform

Sicherheitspolitik Die Bundesregierung weitet den Bundeswehreinsatz im westafrikanischen Mali noch einmal aus, um, wie sie sagt, das bitterarme Land in eine „friedliche Zukunft zu führen“. Kann das gelingen? *Von Konstantin von Hammerstein*

Bevor Benjamin Fröbisch nach Mali fährt, zieht er sich die schwere Schutzweste über den Kopf. Er prüft, ob seine Pistole und das Sturmge- wehr in Ordnung sind. Dann steigt er mit seinem Helm zu seinem Fahrer in den gepanzerten Geländewagen. Mali ist nur ein paar Hundert Meter entfernt und doch un- endlich weit weg, wenn man im Camp Castor in Gao lebt.

Bevor Fröbisch Mali betritt, fährt er an meterhohen Schutzwällen vorbei, an Stacheldrahtrollen, Panzersperren, spanischen Reitern, Wachtürmen, Sandsä- cken, Maschinengewehrstellungen, Über- wachungskameras. Soldaten der Luftwaf- fensicherung checken seine Papiere, öffnen die rot-weiße Schranke, der schwere Ge- ländewagen kurvt langsam im Slalom um Betonklötze.

Er fährt ein paar Hundert Meter auf einer geteerten Straße, passiert einen letz- ten Checkpoint. Ein deutscher Soldat sitzt dort unter einem Sonnendach und winkt freundlich. Dann ist Fröbisch in Afrika.

Draußen, hinter den dicken Panzer- scheiben, ziehen die Zelte der Nomaden an ihm vorbei. Manchmal liegt ein Kamel zwischen den Bungalows aus braunen Lehmziegeln. Der deutsche Major sieht die Frauen in ihren bunten Gewändern, die riesige Körbe auf dem Kopf tragen.

Jedes Mal, wenn er anhalten lässt, macht Fröbisch den „Null-Fünfer“. Er steigt aus, schließt die Tür, läuft in fünf Meter Ent- fernung um das Auto und prüft, ob jemand unbemerkt während der Fahrt eine Haft- bombe angebracht hat. Er geht in die Ho- cke und sieht unter den Wagen. Erst dann dürfen die anderen aussteigen.

Der Offizier aus Lüneburg weiß, wie prekär die Situation im Norden Malis ist. Die Regierung in Bamako hat große Teile des Landes nicht unter Kontrolle. Und die Uno-Einheiten, darunter mehr als 500 Bundeswehrsoldaten, können die fehlende Staatlichkeit nicht ersetzen. Wegen der vielen Angriffe kommen die Blauhelmein- heiten kaum noch dazu, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen und den labilen Frie- densprozess zu überwachen. Sie sind in- zwischen vor allem damit beschäftigt, sich selbst zu schützen.

Die Mission steht auf der Kippe. Wenn es nicht gelingt, Mali zu stabilisieren, hätte das für Europa schlimme Folgen. Das west- afrikanische Land ist mehr als dreimal so groß wie Deutschland und grenzt an die

labilen Staaten Nordafrikas. Mali als Rück- zugsort für islamistische Terrorgruppen könnte die ganze Region in Unruhe stür- zen. Chaos und neue Flüchtlingsströme wären die Folge.

Der Migrationsdruck nach Europa ist ohnehin schon hoch. Und er wird noch steigen. Bleibt die Geburtenrate so wie sie ist, wird sich die Bevölkerung Malis in gut 20 Jahren verdoppeln.

Anders als Franzosen, Spanier und Ita- liener haben die Deutschen lange ge- braucht, die strategische Bedeutung Afri- kas für Europa zu begreifen. Dafür sind sie jetzt, wie viele Konvertiten, besonders eifrig. Im vergangenen Jahr flogen nicht nur der Außenminister und seine Kollegin aus dem Verteidigungsressort nach Mali, auch der Bundespräsident und die Kanz- lerin reisten an. Afrika ist inzwischen Chefsache.

Die Bundesregierung will das militäri- sche Engagement in dem Krisenstaat aus-

Die Blauhelmsoldaten sind vor allem damit beschäftigt, sich selbst zu schützen.

weiten. Deutschland beteiligt sich bisher mit bis zu 650 Soldaten an der Blauhelm- mission. In der kommenden Woche soll der Bundestag das Mandat verlängern, auf dann 1000 Soldaten – mehr als in Afgha- nistan. Zusätzlich ist die Bundeswehr mit 129 Männern und Frauen an der EU-Aus- bildungsmission für die malischen Streit- kräfte in Koulikoro im Süden des Landes beteiligt.

„Die Stabilisierung Malis ist ein Schwer- punkt des deutschen Engagements in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung“, heißt es in der Begründung für das neue Bun- deswehrmandat. Es gehe darum, „Mali in eine friedliche Zukunft führen zu helfen und die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung zu beseitigen“.

Mehr Optimismus geht kaum. Dabei ha- ben die internationalen Militärinterventio- nen auf dem Balkan, im Irak und in Afgha- nistan gezeigt, wie schwer es ist, ein fremdes Land von außen positiv zu ver- ändern.

Warum sollte das ausgerechnet in Mali gelingen?

Mali besteht faktisch aus zwei Teilen. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben im Süden. Die Nomadenstämme im Nor- den aber fühlen sich von der Zentralregie- rung in Bamako vernachlässigt. Nach der westlichen Intervention in Libyen kehrten Anfang 2012 bewaffnete Tuareg-Rebellen, die in Gaddafis Armee gedient hatten, nach Mali zurück.

Sie überrannten den Norden, wurden kurz darauf aber von islamistischen Ter- rorgruppen verdrängt. Im Süden putschten junge Offiziere, der Staat kollabierte. Erst eine erfolgreiche französische Militär- intervention schaffte die Voraussetzung für das Friedensabkommen von Algier, mit dem der Bürgerkrieg zwischen mehreren Rebellengruppen und der malischen Re- gierung beigelegt werden soll.

Bis zu 13 000 Blauhelmsoldaten sollen nun dabei helfen, die Bevölkerung zu schützen und das Friedensabkommen um- zusetzen. Major Fröbisch aus Lüneburg ist einer von ihnen. Als Nachrichtenoffizier des deutschen Kontingents in Camp Castor soll er erkunden, was außerhalb des Lagers vor sich geht.

Fröbisch ist eine Art Ethnologe in Uni- form. Auf seinem Schreibtisch in dem ge- schützten und klimatisierten Bürocon- tainer liegen zwischen den letzten Süßig- keiten aus den vielen Weihnachtspaketen Listen mit Buchstabenkombinationen: HCUA, MNLA, MAA-S, CMFPR-3, MAA- SM, CJA, MSA.

Was aussieht wie die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, ist eine Über- sicht über die zahllosen Rebellengruppen, die im Norden Malis operieren. Die einen sind gegen die Regierung und für das Frie- densabkommen, die anderen für die Re- gierung und gegen die anderen Milizen. Fröbisch weiß manchmal nicht, wo ihm der Kopf steht. Geht es um eine politische Auseinandersetzung, wenn sich in der Tua- reg-Hochburg Kidal zwei Milizen heftige Gefechte liefern? Streiten sie sich um einen Lkw mit Drogen? Oder hat womöglich der eine Kommandeur dem anderen die Frau ausgespannt?

Die Deutschen haben für die Uno-Mis- sion „Minusma“ im Ostsektor rund um Gao die Aufklärung übernommen. Mitglie- der deutscher Patrouillen befragen die Menschen in den Dörfern, deutsche Auf- klärungsdrohnen vom Typ „Heron“ kreis- en stundenlang über der Wüste. Ihre In- frarotkameras registrieren auch noch die



Deutsche Uno-Soldaten in Mali: Afrika ist inzwischen Chefsache



winzigsten Temperaturunterschiede von 0,3 Grad. So können sie erkennen, ob jemand vor Kurzem die Straße aufgegraben hat, um einen Sprengsatz zu verstecken. Sie sehen auch den etwas kühleren Fleck auf dem Boden, den der Schatten des Pickups verursachte, der hier vor einer Stunde geparkt hat. Fröbisch versucht, aus all diesen Erkenntnissen ein Lagebild zu erstellen.

Die Deutschen sind beliebt in Mali. Sie haben das Land nach der Unabhängigkeit 1960 als Erste diplomatisch anerkannt. Das öffnet immer noch Türen.

Mitte Januar ist Fröbisch verhalten optimistisch. Der Friedensprozess scheint voranzugehen, extrem langsam und mühsam zwar, aber immerhin. In Gao haben die ersten Milizen ihre Waffen registrieren lassen und sind in ein Lager der malischen Armee eingerückt. Bald soll es gemeinsame Patrouillen geben.

Doch am Mittwoch, morgens um neun, dringt ein Selbstmordattentäter mit seinem Auto in dieses Lager ein und sprengt sich in die Luft. Mindestens 77 Menschen sterben, Dutzende werden schwer verletzt. Im Weltsicherheitsrat in New York verurteilt der Chef der Uno-Friedensmissionen den Anschlag und malt ein düsteres Bild von der Lage in Mali. Mehr als 18 Monate nach Unterzeichnung des Friedensabkommens habe man „kaum signifikante Fortschritte bei der Umsetzung“ gemacht.

Ein bis zwei Stunden bevor die kleinen weißen Chartermaschinen der Sahel Aviation Service aus Bamako auf der löchrigen Teerpiste von Gao landen, sind die Bundeswehrsoldaten der Luftwaffensicherung schon unterwegs. Mit ihren gepanzerten „Dingos“ fahren sie in weitem Abstand um das Flughafengelände, befragen die Bewohner der ärmlichen Wüstendörfer. Ist ihnen irgendetwas aufgefallen? Fremde Männer, verdächtige Autos?

Manchmal steigen auch noch die Niederländer mit ihren Hubschraubern auf. Im Tiefflug umkreisen sie das Gelände, in den Seitentüren und auf der halb geöffneten hinteren Ladeklappe suchen MG-Schützen den Boden ab. Noch sind „Manpads“ in Mali nicht gesichtet worden, jene schultergestützten Flugabwehrraketensysteme, die schon den Sowjets in Afghanistan Albträume bereitet hatten.

Aber das muss nicht so bleiben. Die Sicherheitslage im Norden Malis ist so angespannt, dass die Militärs mit allem rechnen. Ein voll besetztes Flugzeug mit Blauhelmsoldaten abzuschießen wäre der denkbar größte Propagandaerfolg für Terroristen.

Wer in Gao ankommt, steigt in einen fensterlosen, schuss- und minensicheren Container, der von einem gepanzerten Sattelschlepper die wenigen Hundert Meter ins Lager gebracht wird, begleitet von zwei weiteren geschützten und bewaffneten Fahrzeugen. Der Sicherheitsaufwand, den gerade die Deutschen in Mali betreiben, ist enorm. Noch immer sitzt das Trauma tief, das 2003 ein Anschlag auf zwei ungeschützte Busse in Kabul hinterlassen hat. Damals starben 4 deutsche Soldaten, 29 wurden zum Teil schwer verletzt.

Es ist gerade zwei Monate her, dass sich am Flughafen von Gao ein Selbstmordattentäter mit einem als weißes Uno-Fahrzeug getarnten Auto in die Luft jagte. Fünf Hubschrauber und ein Flugzeug der Uno wurden beschädigt.

„Minusma“ ist eine der gefährlichsten Friedensmissionen der Uno. Seit ihrer Auf-

gen kombinieren“. Der häufige Einsatz improvisierter Sprengsätze auf den „Hauptverbindungslinien im Norden Malis (Timbuktu, Gao, Kidal) hat die Nachschubwege der Mission signifikant behindert und unter anderem den Bau von Camps verzögert und die Fähigkeit beeinträchtigt, die Camps im Norden effektiv zu versorgen“.

Allein in den vier Militärlagern in Gao sind mehrere Tausend Soldaten untergebracht. Es sind kleine Städte, die die Militärs in die Wüste gebaut haben. Autark, mit eigenen Brunnen, Generatoren, Kläranlagen. Der Nachschub wird eingeflogen oder mit Lkw gebracht. Zwei bis vier Tage brauchen die Konvois für die 1200 Kilometer von Bamako nach Gao.

Im vierten Jahr der Uno-Mission wandert der Konflikt immer weiter südlich. Dort, im Zentrum des Landes, attackierten die Extremistengruppen nicht nur die Sicherheitsorgane der malischen Regierung, heißt es in der Einschätzung der „Minusma“-Führung, sondern zunehmend die Bevölkerung: „Die wachsende Unsicherheit in der Region durch verstärkte Aktivitäten gewalttätiger Extremistengruppen hat signifikant die Fähigkeit der Mission beeinträchtigt, ihr Mandat zu erfüllen.“

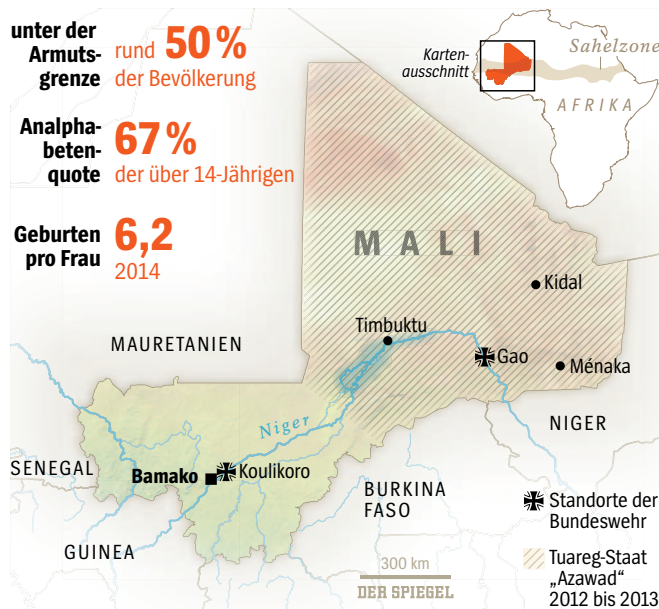
Im vergangenen Juli weitete der Weltsicherheitsrat die Mission noch einmal deutlich aus. Theoretisch können jetzt mehr als 13 000 Blauhelme eingesetzt werden. Tatsächlich aber, klagt der Kommandeur in seinem vertraulichen Dezember-Bericht, sei die Zahl auf knapp 10 700 gesunken: „Während das neue Mandat eine wachsende Stärke zulässt, verliert die Truppe Monat für Monat Manpower.“

Das Uno-Hauptquartier in New York hat Mühe, genügend Truppensteller zu finden. Wenn ein Land schließlich zusagt, dauert es im Schnitt sechs Monate bis zu einem Jahr, bevor die Einheit wirklich vor Ort ist. Und dann beschränken oft nationale Vorgaben die Einsatzmöglichkeiten.

So sollen deutsche Transport- und Kampfhubschrauber in den nächsten Wochen die niederländischen Helikoptereinheiten in Gao ablösen.

„Wir erwarten die Bestätigung, dass Deutschlands Stationierung auch dazu beiträgt, die allgemeinen Operationen zu unterstützen“, schreibt der „Minusma“-Kommandeur in seinem Dezember-Bericht, „und nicht auf Einsätze für medizinische Evakuierung und die Unterstützung der deutschen Aufklärungseinheit beschränkt wird.“

Die Aussage ist eindeutig: Geht es nach der „Minusma“-Militärführung, sollen die



stellung im April 2013 starben 95 Blauhelmsoldaten, 72 davon fielen im Einsatz. Es traf bisher ausschließlich Soldaten aus Entwicklungsländern. Sie stellen die besonders gefährdeten Infanterieeinheiten und sind schlechter ausgerüstet als die Soldaten aus dem reichen Norden.

Die vertraulichen Lageberichte der „Minusma“-Militärführung sind düster. Man operiere „in einer zunehmend feindlichen und dynamisch asymmetrischen Gefährdungsumgebung“, heißt es in einer internen Einschätzung vom 30. November: „Minusma“-Angehörige und Camps sind Ziel gewalttätiger Extremistengruppen, die improvisierte Sprengsätze, indirektes Feuer (Mörser- und Raketenbeschuss) und Hinterhalte einsetzen.“

Die Angriffe würden mit der Zeit „zunehmend komplexer, indem sie verschiedene Taktiken mit verheerenden Wirkun-

deutschen Hubschrauber auch für den Schutz der Konvois und die Unterstützung der nicht deutschen Einheiten eingesetzt werden. Das Verteidigungsministerium hat dem inzwischen zugestimmt.

Schon jetzt sind die Uno-Einheiten gefährlich überdehnt. Angesichts der schlechten Sicherheitslage werde der überwiegende Teil der Einheiten für den Schutz der Lager und Konvois benötigt, heißt es in einem internen „Minusma“-Bericht. Nur etwa 500 Blauhelme könnten täglich für die eigentlichen Aufgaben eingesetzt werden. 500 Soldaten in einem Gebiet, das größer ist als Deutschland.

Der Tuareg-König holt aus seinem Brustbeutel einen kleinen Blechzylinder, schüttet sich ein paar dünne hellgrüne Tabakkrümel in die Hand und steckt sie sich in den Mund. Dann zieht er das Kopftuch vor das Kinn und macht es sich bequem. Der Ehrenwerte Bajan Ag Hamatou, Deputierter der malischen Nationalversammlung, liegt barfuß, bekleidet mit einem weißen Gewand, auf einem Sofa.

Ein junger Mann gießt süßen Tee in die Gläser, von draußen dringt der Ruf des Muezzins in das große Haus. Auf der ungeteerten Straße kriecht der rot verstaubte Plastikmüll die Mauern hoch, wie überall in der rasend wachsenden Hauptstadt Bamako.

In den Siebzigerjahren zog der König mit seiner Familie und den großen Viehherden noch durch die Wüste. Sie lebten in Zelten, und wenn die Weidegründe erschöpft waren, machten sie sich wieder auf den Weg.

In Ménaka, im Osten Malis, hatten sie ein großes Haus, in dem sie ihre Zelte in den Wohnzimmern aufbauen konnten. Aber oft ritten sie abends auf ihren Kamelen in die Wüste, um dort zu schlafen. So wie es die Tuareg-Nomaden vom Stamm der Ullemmeden seit Jahrhunderten gemacht hatten.

400 Jahre lang hätten seine Vorväter über ein Gebiet geherrscht, das vom heutigen Mauretanien im Westen des afrikanischen Kontinents bis zum Sudan im Osten gereicht habe, sagt der König. Doch wenn er heute in den Norden, in seine Heimat nach Ménaka reisen will, müssen ihn seine Verwandten schützen.

Die Macht der Ullemmeden ist gebrochen, andere Stämme geben nun den Ton an, und außerdem unterstützt der Ehrenwerte Bajan Ag Hamatou die Regierung in Bamako. Sein Bruder ist im Januar 2015 im Nachbarland Niger von Dschihadisten ermordet worden.

Aus dem König Hamatou ist der Politiker Hamatou geworden. Und Politiker in Mali wissen, auf welche Schlüsselbegriffe die reichen Geberländer anspringen. „Demokratie“ kommt immer gut. „Menschen-



„Minusma“-Patrouille bei Gao: Die Mission steht auf der Kippe

rechte“, „Gleichstellung“ und natürlich „Flüchtlinge“. Dieses Wort darf heutzutage in keinem Diskurs mehr fehlen. Auch der Ehrenwerte Bajan Ag Hamatou beherrscht diese Disziplin perfekt.

Es sei schlimm im Norden, sagt der König, die Entführungen, die Drogenhändler. Wenn nicht bald etwas passiere, werde die Krankheit alle anstecken.

Aber wer soll das Chaos im Norden stoppen? Der König blickt seinen Besucher mit großen Augen an. Natürlich die internationale Gemeinschaft. Die malische Regierung kann es nicht, sie liegt am Boden. Mali, sagt der König, würde nicht mehr existieren, wenn die internationale Gemeinschaft nicht interveniert hätte. Und wenn sie abziehen würde? Schauen Sie sich Libyen an, Irak oder Syrien, sagt der König. Das würde passieren.

Als sich der Kommandeur der „Minusma“, der dänische Generalmajor Michael Lollesgaard, im Dezember nach fast zwei Jahren im Einsatz in Bamako von seinen Mitarbeitern verabschiedete, frotzelte er, er habe immerhin 25 Sitzungen der Sicherheitskommission überlebt. Das Gremium wurde von ihm geleitet und soll die technischen Details des Friedensabkommens aushandeln.

Alle Unterzeichner, ob Regierung oder Miliz, sind dort vertreten. An einer Verständigung haben sie kein Interesse. Warum auch? „Mal angenommen, ich bin ein Kameltreiber aus dem Norden“, sagt der malische Politikprofessor Iba N'Diaye, „jetzt wohne ich in einem Fünfsternehotel in Bamako. Ich will eine Villa, einen Four-Wheel-Drive und eine vierte Frau. Ich bekomme von der Uno ein stattliches Tagelohn. Glauben Sie, ich habe ein Interesse daran, zu einer Lösung zu kommen?“ Und selbst wenn – die Kommandeure vor Ort würden die Einigung in Bamako ignorieren.

Die Uno, die Deutschen und die anderen internationalen Spieler stehen vor ei-

nem grundsätzlichen Dilemma. Ihr einziger institutioneller Ansprechpartner ist die Regierung. Doch die Bevölkerung will mit der Regierung nichts zu tun haben.

Mali ist durch und durch korrupt. Einer der Milizenchefs im Norden ist gleichzeitig aktiver Oberst der Polizei. Soldaten haben seit Jahren keine Übungsmunition, weil der General seine Kinder lieber auf eine ausländische Schule schickt und beschlossen hat, die vierte Frau zu heiraten. Während des Bürgerkriegs meldeten sich an einem Tag 32 Offiziere als Diabetiker krank, weil sie nicht kämpfen wollten.

Die internationale Gemeinschaft fordert von der Regierung, sie solle endlich Macht an die Regionen abgeben, doch die sperrt sich. Und wird dabei im Verborgen von den ehemaligen französischen Kolonialherren unterstützt, die das zentralistische System früher selbst in Mali installiert haben.

Die internationale Militärintervention war richtig, weil sie die Krise abgebremst hat. Sie verhinderte, dass Mali vollständig ins Chaos abrutschte. Mit etwas Glück wird sie das Land für einige Jahre auf niedrigem Niveau so stabilisieren können.

Doch es müsste schon ein Wunder geschehen, wenn sich die großen Erwartungen, die sich vor allem die Deutschen machen, erfüllen würden. Mali bleibt ein hoffnungsloser Fall, solange die Malier ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen. Von außen lässt sich ein Land nicht reformieren.

„Ich sehe, dass eine fantastische Gelegenheit verschwendet wird, weil niemand daran interessiert ist, die grundsätzliche Problematik anzugehen“, sagt der malische Professor, „nicht die Regierung und nicht die ausländischen Staaten.“ Warum? „Weil es zu kompliziert ist.“



Video: Notwendig – aber hoffnungslos

spiegel.de/sp042017mali
oder in der App DER SPIEGEL